

5



1945
40. Jahrestag
der Befreiung
1985

8. Mai

Inhalt

Einleitung	1
<i>I. Wie kam es zu Faschismus und 2. Weltkrieg?</i>	4
Das hinterlistige Spiel der Westmächte	6
Was war mit dem Nichtangriffsvertrag?	8
„Die Hände von der Sowjetunion lassen“	10
<i>II. Wie wurde die faschistische Barbarei zerschlagen?</i>	12
Der antifaschistische Befreiungskrieg und die Anti-Hitler-Koalition	14
Die kommunistische Bündnispolitik	16
<i>III. „Diktat von Jalta und Potsdam“ oder Chance für eine europäische Friedensordnung?</i>	18
Nie mehr Gefährdung des Friedens von deutschem Boden aus	20
Die Mehrheit des Volkes war für die Überwindung des Monopolkapitals	22
Mit dem kalten Krieg zur Restaurierung der Macht des Großkapitals	24
<i>IV. Worin bestehen die wichtigsten Lehren des 8. Mai 1945?</i>	26



Auf der Flucht vor den Faschisten. Herbst 1941. Ein russisches Kind. – Fotografiert von Max Alpert.

Das Gespräch

Gesprächspartner zu diesem Thema sind alle Menschen, die an Frieden und Freiheit interessiert sind. Natürlich gibt es unterschiedliche Meinungen über die Wege zu Frieden und Freiheit. Aber in zwei grundlegenden Fragen dürfte es unter gutwilligen Menschen keine Meinungsverschiedenheiten geben:

1. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß die extremen Rechtskräfte, die einen anderen Staat wollen, als ihn die demokratischen Inhalte des Grundgesetzes vorsehen, wieder die Oberhand gewinnen.

2. Es darf keine blinde Gefolgschaft gegenüber den abenteuerlichen Kriegsvorbereitungen stattfinden. Es darf keine „Endlösung der Kommunistenfrage“ geben, wie sie Reagan, Weinberger und andere sich vorgenommen haben.

Die Kommunisten sind nicht nur zum Gespräch, sondern ebenso zu Aktionen bereit, um Frieden und Freiheit zu sichern.

Fragen

Das Thema dieses Bildungsheftes gehört zu den am meisten diskutierten Themen der letzten Jahre. Es ist nicht möglich, alle Fragen hier zu nennen oder gar auf alle Fragen eingehen zu wollen.

Wenn wir in diesem Heft die Frage beantworten, welche gesellschaftlichen Kräfte Hitler emporbrachten, so dürfte unsere Antwort heute auf größere Zustimmung stoßen, als zu früheren Zeiten. Seit dem Flickskandal ist Millionen Menschen offenbar geworden, wie wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Wenn wir die Frage beantworten, für wen der 8. Mai 1945 eine Niederlage und für wen er die Befreiung war, so stehen wir auch dabei in einer breiten Übereinstimmung mit der Mehrzahl unserer Mitmenschen.

Der 8. Mai 1945



Der Tag der Befreiung für die Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Sowjetarmee am 27. Januar 1945. – Es fotografierte TASS.

Einleitung:

Die 40. Wiederkehr des 8. Mai 1945 fordert alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte, ja jeden zur Stellungnahme, zum Bekenntnis heraus. In einem Aufruf von antifaschistischen Persönlichkeiten zum 8. Mai, in Erklärungen der Gewerkschaften, der DKP und der SPD besteht Übereinstimmung, daß dieser Tag der Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus ist und daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf.

Es kann uns nicht wundern, daß die herrschenden Kreise des Großkapitals der Bundesrepublik und ihre Sprachrohre den 8. Mai nicht als Befreiungstag feiern mögen. Da schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, eine der wichtigsten Zeitungen des Großkapitals: „Aber nun stehen wir Deutschen selber vor der Frage, wie wir es halten wollen mit dem 40. Jahrestag der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland“ (FAZ vom 14. 1. 85). Und die Antwort: „Der Nationalsozialismus war zer-

schlagen, aber zugleich fanden sich die Deutschen als Volk geschlagen.“ So ganz offen mag man den 8. Mai nicht mehr als Tag der Niederlage kennzeichnen. Aber als Befreiungstag wollen ihn die herrschenden Kreise auch nicht feiern. Nehmen wir nur die Äußerungen von solchen Leuten wie Dregger, Geißler oder Strauß; die reaktionären Kräfte des Großkapitals können es nicht verwinden, daß der deutsche Imperialismus, der im zweiten Weltkrieg auszog, um „den Kommunismus auszurot-

ten“ und die Welt zu erobern, einen guten Teil seines vor Kriegsbeginn von ihm beherrschten Territoriums verloren hat.

Demgegenüber begehen die fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik den 8. Mai als den 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus. Es gibt in der Geschichte der Menschheit längere militärische Auseinandersetzungen als den zweiten Weltkrieg, doch keiner der bisherigen Kriege ist hinsichtlich der Anzahl der Opfer und der Zerstörungen mit ihm vergleichbar. 40 Staaten wurden zum Schauplatz unmittelbarer Kriegshandlungen. Insgesamt waren 61 Länder mit einer Bevölkerung von rund 1,7 Milliarden einbezogen. Mehr als 50 Millionen Menschen mußten ihr Leben lassen. Zu ihnen zählen zwanzig Millionen Sowjetbürger, über sechs Millionen Polen, eine Million siebenhunderttausend Jugoslawen, sechshunderttausend Franzosen, vierhunderttausend Amerikaner, dreihundertundfünfund-siebzigttausend Briten. Vom deutschen Volk forderte der faschistische Krieg mehr als sechs Millionen Menschen.

Die Sowjetunion siegte – mit ihren Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition – über den barbarischen deutschen Faschismus. Dieser Sieg brachte den Völkern Europas Befreiung und Frieden. So wurde auch das deutsche Volk am 8. Mai 1945 von seinem schlimmsten Feind, der terroristischen NS-Herrschaft, befreit.

Trotz heroischen, opferreichen antifaschistischen Widerstands der Kommunisten und auch der Sozialdemokraten und anderer Kräfte bis hin zum Bürgertum gelang es nicht, das faschistische Joch aus eigener Kraft abzuschüteln.

„Der 8. Mai 1945 wurde zum Ausgangspunkt der nach der Oktoberrevolution von 1917 tiefsten Veränderungen in der Welt.“

Das Ende des Nazi-Regimes bedeutete eine Chance zu einem Neubeginn, einem Leben in Frieden, der Sicherung demokratischer Rechte, der Überwindung der Macht des Großkapitals, die Faschismus und Krieg hervorgebracht hatte. Der Sieg über den Faschismus leitete eine Epoche großer geschichtlicher Umwälzungen ein. Im Ergebnis dieses Sieges konnte eine Reihe Völker Europas und Asiens sich nicht nur von der faschistischen oder militaristischen Okkupation und der Herrschaft der einheimischen Reaktion befreien, sondern

auch die ökonomischen Wurzeln für Faschismus und Reaktion, die Macht des Großkapitals überwinden. Der Imperialismus, dessen reaktionärste Gruppierung ausgezogen war, das erste sozialistische Land zu vernichten, mußte sich im Ergebnis dieser Umwälzungen damit abfinden, daß der Sozialismus in einer Reihe von Ländern siegte. Zugleich wurde eine der wichtigsten Kraftreserven des internationalen Großkapitals, das Kolonialsystem, erschüttert. Viele Völker erreichten ihre nationale Unabhängigkeit.

Der 8. Mai 1945, der Tag der Befreiung vom Faschismus, wurde so zum Ausgangspunkt der nach der Oktoberrevolution von 1917 tiefsten Veränderungen in der Welt.

Die reaktionärsten Kräfte des Großkapitals haben sich mit dieser Entwicklung noch immer nicht abgefunden und möchten sie rückgängig machen. Der Klassenkampf wird stärker. So ist der 8. Mai 1985 Anlaß harter ideologischer Auseinandersetzungen. Alle Kräfte des Revanchismus, die Verteidiger der Macht des Großkapitals verstärken ihre Anstrengungen, um mit den verschiedensten, teilweise schwer durchschaubaren, raffinierten Methoden zu verhindern, daß die Bevölkerung unseres Landes richtige Lehren aus der Geschichte zieht. Diese Lehren zu vermitteln ist die vorrangigste Aufgabe der Kommunisten und der anderen demokratischen Kräfte in unserem Land.



Die entscheidende Wende im Kampf der Völker gegen den Faschismus erzielte die Sowjetarmee bei Stalingrad. – Das Bild zeigt den Augenblick, da Generalfeldmarschall Paulus, Oberbefehlshaber der 6. Armee, von sowjetischen Soldaten gefangengenommen wird. (Aus der sowjetischen Fotochronik)

I. Wie kam es zu Faschismus und zweitem Weltkrieg?

Inzwischen gibt es massenhaft Literatur, Filme, Radiosendungen usw. über den Faschismus. Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß die Mehrzahl dieser Publikationen eine Gemeinsamkeit hat. Sie leugnet die Schuld des deutschen Großkapitals am Faschismus, will vergessen machen, daß es die Herren der Banken und des Groß-

kapitals waren, die Hitler zur Macht verhalfen. Statt dessen wird der „Dämon Hitler“ beschworen, dem das Volk zuströmte, gegen den es keinen Halt gab. Aber wer schuf die Verhältnisse, die Massen durch die Krise ruinierten Kleinbürger in die Arme der Nazis trieb? Wer schürte und finanzierte den Nationalismus? Wer

brachte den Rassenhaß als Ablenkung von den Erfordernissen des Klassenkampfes? Wer stellte die Frage nach Revanche für die Niederlage nach dem ersten Weltkrieg von 1918? So viele Fragen man auch stellt, um zu erforschen, warum der Faschismus seine Massenbasis erhielt, so gibt es immer die gleiche Antwort:

Wer brachte den Faschismus an die Macht?

Die Macht des Großkapitals und des Militarismus bildete den ökonomischen und politischen Hintergrund, auf dem der Faschismus sich entwickelte.

Wer sich mit der Weimarer Republik, mit den zwanziger und dreißiger Jahren in Deutschland beschäftigt, der kann überhaupt nicht mehr bezweifeln, daß mit Millionensummen der Stinnes, Thyssen, Flick, Krupp und der IG-Farben die Wahlen der Nazis und ihrer uniformierten Schlägerbanden finanziert wurden. Der Presse- und Filmkonzern des ehemaligen Krupp-Direktors Hugenberg - des „Springers der Weimarer Republik - verbreitete millionenfach übelsten Nationalismus und Revanchismus. Schließlich wurde ab 1931 in vielen Beratungen der

führenden Kräfte des Reichsverbandes der Industrie, der Großbanken und der Junker der Schlachtplan entworfen, gemäß dem Hitler 1933 in den Sattel gehoben wurde.

„Der Faschismus an der Macht“, sagte Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935, „ist die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Diese Begriffsbestimmung des Faschismus hat sich bis heute in allen Auseinandersetzungen als richtig erwiesen.

Der Terror des Hitler-Faschismus richtete sich zuerst gegen die Arbeiter-

klasse und ihre Organisationen. Der Antikommunismus wurde zur Begründung eines schrankenlosen Terrors, der sich zunächst gegen die Kommunisten richtete, dann aber alle Arbeiterorganisationen traf und schließlich alle bürgerlichen Freiheiten beseitigte. Unter den acht Millionen Opfern der Konzentrationslager waren mehr als 200 000 Deutsche, mehr als eine Million Antifaschisten unseres Volkes wurden in der Zeit des Nazi-Regimes verhaftet und verfolgt.

Wem anders als dem reaktionärsten Teil des Großkapitals diente die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, die Beseitigung der bürgerlichen Rechte, die Herstellung des Führer-Prinzips auch in der Wirtschaft? Die Na-

A-J-Z

VERLAG DER ARBEITER-ILLUSTRIERTEN ZEITUNG • 79113 DORTMUND, KÖNIGS-
PLATZ 41 • SCHWABE & CO. G. M. B. H. • BREITENBURGER STRASSE 1
VERLAG, BERLIN 105 • VERLAGSLEITUNG: DR. HEINZ J. WITTE 1932

DER SINN DES HITLERGRUSSES:



VON
JOHN HEARTFIELD
STICHEN
HINTER MIST

Kleiner Mann bittet um große Gaben

Der deutsche Faschismus wurde durch das deutsche Großkapital zur Macht gebracht. Die „Spendenpraxis“ gab es schon früher. John Heartfield enthüllte sie mit dieser Fotomontage, die als Titelseite der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“ am 16. 10. 1932 erschien.

men der späteren Wehrwirtschaftsführer geben die Antwort: Krupp, Flick, Siemens, Poensgen, Reusch, Quandt sind nur einige wenige von ihnen, die zeigen, wem der Faschismus diene.

Mit der Errichtung seiner Terror-Diktatur schuf das deutsche Monopolkapital die Voraussetzung für eine rasche Wiederaufrüstung. Es sah die große Chance, das, was es durch den er-

sten Weltkrieg verloren hatte, sich jetzt mit Gewalt zu holen. Der Traum, neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erobern, Konkurrenten gewaltsam auszuschalten, das erste sozialistische Land, die Sowjetunion, zu unterwerfen, erforderte starke militärische Kräfte. Doch die Volksmassen hatten die Erfahrung des ersten Weltkrieges, kannten die bittere Not und das Elend des Krieges. Deshalb mußten

ihre Organisationen zerschlagen werden, wenn die Kraft unseres Volkes für neue militärische Abenteuer ausgenutzt werden sollte. Als am 30. Januar 1933 die Nazis in Deutschland die Macht übernahmen, schrieb das Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne“: Mit der Hitler-Partei sei jene Bande an die Macht gekommen, welche die Kriegserklärung gegen die Sowjetunion in der Tasche habe.

Das hinterlistige Spiel der Westmächte

Natürlich war das auch in Moskau klar. Deshalb versuchte die Sowjetunion, weit vorausschauend, zusammen mit England und Frankreich eine Politik der kollektiven Sicherheit aufzubauen. Worin bestand die Antwort der Westmächte?

- Darin, Hitler bei der Wiederaufrüstung Deutschlands in den Jahren 1934 bis 1939 gewähren zu lassen, wobei mehrfach der Versailler Vertrag von 1919 gebrochen wurde.
- Darin, Franco, Hitler, Mussolini bei der Zerschlagung der spanischen Republik 1936 bis 1939 gewähren zu lassen.
- Darin, Hitler bei dem, was er den Anschluß Österreichs nannte - im Jahre 1938 -, gewähren zu lassen.
- Darin, Mussolini beim Überfall auf Äthiopien und

Japan beim Überfall auf China gewähren zu lassen, und zwar in der Hoffnung, diese beiden Staaten gemeinsam mit Hitler-Deutschland zu veranlassen, ihre Stoßkraft gegen die Sowjetunion zu vereinigen, wie es ja auch im Anti-Komintern-Pakt dieser drei Staaten versucht wurde.

- Darin, Hitler bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 in der Hoffnung gewähren zu lassen, daß ihn das in seinem Streben „gen Ostland wollen wir reiten“ bestärken würde.
- Und nicht zu vergessen war die Antwort - Geheimverhandlungen Englands mit Hitler-Deutschland zum Aufbau einer Front gegen die Sowjetunion 1939.

Wie sehr die Sowjetunion wegen dieser Entwicklung beunruhigt war, zeigt ein Zitat aus dem Rechen-

schaftsbericht an den 18. Parteitag der KPdSU, den Stalin vortrug: „Schon das zweite Jahr tobt der neue imperialistische Krieg, der sich auf dem Gebiet von Shanghai bis Gibraltar abspielt und eine Bevölkerung von mehr als 500 Millionen erfaßt hat. Die Landkarte Europas, Afrikas, Asiens wird gewaltsam umgestaltet. Das gesamte System des sogenannten Friedensregimes der Nachkriegszeit ist von Grund auf erschüttert“ (J. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 86). Ein letzter sowjetischer Versuch, zu einem gemeinsamen Militärabkommen zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion zu kommen, scheiterte im Sommer 1939. Englands und Frankreichs Vertreter erschienen in Moskau ohne jegliche Vollmacht, wirksame Verträge zur gegenseitigen Hilfe zu unterschreiben. England und Frankreich gingen von ihrer Poli-

Das militärische Axiom

Aus den Moskauer Militärberatungen zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich; für die sowjetische Seite spricht Marschall Woroschilow. Protokoll vom 21. August 1939 (Auszug)

In seiner Erklärung hat der Leiter der englischen Mission, Admiral Drax, im Namen der englischen und französischen Militärmission einige Fragen gestellt. Die sowjetische Militärmission hält es für notwendig, ihre Erklärung dazu zu geben.

1. In der Erklärung wird betont, daß die französische und englische Militärmission zur Ausarbeitung einer Militärkonvention in die UdSSR eingeladen wurden.

Die sowjetische Militärmission erläutert den wirklichen Sachverhalt.

Die gegenwärtige Beratung der Militärmissionen Englands, Frankreichs und der UdSSR war die natürliche Fortsetzung der politischen Verhandlungen, die zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs und der UdSSR bekanntlich mit dem Ziel geführt wurden, einen gemeinsamen Plan für den Widerstand gegen eine Aggression in Europa auszuarbeiten.

In diesem Zusammenhang hat die sowjetische Regierung wiederholt erklärt, daß sie einen politischen Pakt und eine militärische Konvention, die das Ergebnis von politischen und militärischen Verhandlungen zwischen unseren Ländern sein sollen, nicht voneinander trennen kann.

Die Regierungen Englands und Frankreichs schlossen sich der Meinung der sowjetischen Regierung an und entsandten ihre Militärmissionen in die UdSSR.

2. Der englisch-französischen Militärmission fällt es nach ihrer Erklärung schwer, die Handlungsweise der sowjetischen Mission zu verstehen, deren Absicht, nach ihrer Meinung, darin besteht, gleichzeitig schwierige und wichtige politische Fragen zu stellen.

Die Absicht der sowjetischen Militärmission bestand und besteht darin, mit der englischen und französischen Militärmission Vereinbarungen über die praktische Organisation einer militärischen Zusammenarbeit der bewaffneten Kräfte der drei verhandelnden Seiten zu treffen.

Die sowjetische Mission ist der Meinung, daß die UdSSR, die keine gemeinsame Grenze mit

Deutschland hat, Frankreich, England, Polen und Rumänien nur dann Hilfe leisten kann, wenn ihren Truppen der Durchzug durch polnisches und rumänisches Territorium gewährt wird, da es keine anderen Wege gibt, um mit den Truppen des Aggressors in Fühlung zu treten.

So, wie sich die englischen und amerikanischen Truppen im vorigen Weltkrieg nicht an der militärischen Zusammenarbeit mit den bewaffneten Kräften Frankreichs hätten beteiligen können, wenn sie nicht die Möglichkeit gehabt hätten, auf dem Territorium Frankreichs zu operieren, so können auch die sowjetischen bewaffneten Streitkräfte nicht an einer militärischen Zusammenarbeit mit den bewaffneten Streitkräften Frankreichs und Englands teilnehmen, wenn ihnen nicht gestattet wird, das Territorium Polens und Rumäniens zu betreten. Das ist ein militärisches Axiom...

Die englische und die französische Militärmission stimmen darin zu unserer Verwunderung nicht mit der sowjetischen Militärmission überein...

Die sowjetische Militärmission kann sich nicht vorstellen, wie die Regierungen und Generalstäbe Englands und Frankreichs, als sie ihre Missionen zu Verhandlungen über den Abschluß einer Militärkonvention in die UdSSR entsandten, keine genauen und positiven Weisungen zu dieser elementaren Frage geben konnten, zu der Frage des Durchzugs und der Operationen sowjetischer bewaffneter Streitkräfte gegen die Truppen des Aggressors auf dem Territorium Polens und Rumäniens, zu denen England und Frankreich entsprechende politische und militärische Beziehungen unterhalten.

Wenn aber die Franzosen und Engländer diese axiomatische Frage zu einem großen Problem machen, das eine längere Untersuchung erfordert, so geht daraus hervor, daß aller Grund vorhanden ist, um an ihrem Streben nach einer echten und ersten militärischen Zusammenarbeit mit der UdSSR zu zweifeln. In Anbetracht des Dargelegten fällt die Verantwortung für die Verzögerung der militärischen Verhandlungen sowie für die Unterbrechung dieser Verhandlungen natürlich auf die französische und englische Seite.

tik der Begünstigung des deutschen Imperialismus nicht ab, in der Hoffnung, daß die Stoßkraft des deutschen Faschismus und Militarismus gegen die Sowjetunion gelenkt werden könne, daß sie, England und Frankreich, sich

selbst aus dem Kampf gegen den Faschismus heraushalten können.

Als in dieser Periode die deutsche faschistische Führung selbstverständlich in der Absicht, die Westmächte auszumanö-

vrieren und sich die Möglichkeit eines raschen Vorstoßes gegen Polen zu sichern - die Sowjetunion fragte, ob sie zu einem Nichtangriffsvertrag bereit sei, da antwortete die sowjetische Führung mit Ja.

Was war mit dem Nichtangriffsvertrag?

Sie war nicht bereit, sich in einen Krieg hineinreißen zu lassen, bei dem England und Frankreich als geheime Drahtzieher und Nutznießer hinter Hitler standen. Vielmehr ging die UdSSR auch von der Überlegung aus: Wenn Hitler-Deutschland Polen überfällt und England das toleriert, ist Englands Weltstellung erschüttert. England wird dann seine Anpassungspolitik nicht mehr fortsetzen können. So kann doch noch eine Front gegen Hitler aufgebaut werden. Die Zeit, die durch den Nichtangriffsvertrag gewonnen werden kann, würde ebenso zur weiteren Stärkung der sowjetischen Verteidigungsfähigkeit nützlich sein wie die nach Westen vorgeschobene sowjetische Grenze.

Über die Frage des Verschiebens der sowjetischen Grenze nach Westen wurde und wird viel spekuliert, Worum ging es eigentlich? Die polnische antisowjetische Regierung hatte 1920 die Notlage der jungen Sowjetmacht (Intervention, Bürgerkrieg) ausgenutzt, um große Gebiete im Westen Sowjet-

rußlands mit ukrainischer beziehungsweise belarussischer, jedenfalls nicht-polnischer Bevölkerung an sich zu reißen. Dieses Ergebnis einer antisowjetischen Aggression wurde jetzt 1939 annulliert.

Natürlich wollte sich Hitler-Deutschland mit diesen Zugeständnissen an die Sowjetunion das sowjetische Ja zum Nichtangriffsvertrag einkaufen. Und ebenso klar war es, daß dies mit Hitlers Plänen eines Überfalls auf Polen zusammenhing.

Also doch ein Zusammenspiel Stalins mit Hitler? Nein, denn Stalin hatte völlig recht mit seiner Einschätzung der Motive nicht nur Hitlers, sondern auch der Westmächte. Hitler wollte den Krieg. Aber die Westmächte wollten 1939 keine gemeinsame Anti-Hitler-Koalition. Das waren die harten politischen Tatsachen. Die sowjetische Führung nahm also erstens die Gelegenheit wahr, nicht unter ungünstigen Umständen allein in einen von den Westmächten erwünschten Krieg gegen Hitler-Deutschland gestoßen zu werden. Sie nahm zwei-

tens die Gelegenheit wahr, ihre Verteidigungslinien um etwa 200 Kilometer nach Westen zu verschieben, was für den Kriegsverlauf ab 1941 nicht ohne Bedeutung gewesen ist.

Diese Politik wurde auch von solchen Vertretern Englands wie Churchill begriffen. In einer Rundfunkrede am 1. Oktober 1939 erklärte Churchill, damals Marineminister: „Daß die russischen Armeen auf dieser Linie stehen“ (jener um 200 Kilometer nach Westen verschobenen sowjetisch-polnischen Grenze), „ist für die Sicherheit Rußlands gegen die deutsche Gefahr absolut notwendig. Jedenfalls sind die Stellungen bezogen, und die neue Verteidigungslinie ist geschaffen, die anzugreifen das nazistische Deutschland nicht wagt. Als Herr von Ribbentrop in der vorigen Woche nach Moskau gerufen wurde, da geschah das, damit er von der Tatsache erfahre und Notiz nehme, daß den Absichten der Nazis auf die baltischen Staaten und die Ukraine ein Ende gesetzt werden muß“ (Geschichtsfälscher am Werk, Berlin 1948, S. 42).

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffs-Vertrag

Durch v. Ribbentrop und Molotow am 23. August 1939 in Moskau unterzeichneter, auf zehn Jahre befristeter, sofort in Kraft tretender Vertrag (Auszug)

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel I Die beiden Vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel II Falls einer der Vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere Vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel III Die Regierungen der beiden Vertragschließenden Teile werden künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel IV Keiner der beiden Vertragschließenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel V Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den Vertragschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, werden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Einsetzen von Schlichtungskommissionen bereinigen.

Erste Stellungnahme der KPD

Erklärung des ZK der KPD vom 25. August 1939 zum deutsch-sowjetischen Vertrag (Auszug)

Das deutsche Volk begrüßt den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland, weil es den Frieden will und in diesem Pakt eine erfolgreiche Friedenstat von seiten der Sowjetunion sieht. Es begrüßt diesen Pakt, weil er nicht wie das Bündnis Hitlers mit Mussolini und den japanischen Militaristen ein Instrument des Krieges und der imperialistischen Vergewaltigung anderer Völker, sondern ein Pakt zur Wahrung des Friedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist.

Die durch den Pakt geschaffene außenpolitische und innenpolitische Lage stellt aber vor alle Antifaschisten, vor alle friedens- und freiheitsliebenden Deutschen große Aufgaben, die im verstärkten Kampf gegen die Nazidiktatur gelöst werden müssen ...

Das werktätige deutsche Volk und besonders die deutschen Arbeiter müssen die Friedenspolitik der Sowjetunion unterstützen, sich an die Seite

aller von den Nazis unterdrückten und bedrohten Völker stellen und nunmehr erst recht dafür kämpfen, daß im Geiste des von der Sowjetregierung mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspaktes sofort ebensolche Friedenspakte mit Polen, Rumänien, mit Frankreich und England, mit allen Völkern, die sich mit Recht durch die Angriffspolitik Hitlers bedroht fühlen, geschlossen werden ...

Die Kommunistische Partei Deutschlands warnt das deutsche Volk, sich Illusionen hinzugeben, daß das Hitlerregime eine solche Politik, die allein im Interesse des deutschen Volkes liegen würde, durchführen wird. Hitler hat den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion nur in der Notlage einer schwierigen Situation abgeschlossen. Das ganze deutsche Volk muß der Garant für die Einhaltung des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland sein. Nur wenn das deutsche Volk selbst das Schicksal der deutschen Nation in seine Hände nimmt, wird der Friede gesichert sein. Vertraut nur auf eure eigene Kraft! ...

Für eine freie Deutsche Republik, in der das deutsche Volk selbst über sein Schicksal und seine Zukunft entscheiden kann.

„Die Hände von der Sowjetunion lassen!“

In seinem Buch „Die Wahrheit über Hitler“ schreibt der antifaschistische Widerstandskämpfer Kurt Bachmann, heute Mitglied des Präsidiums der DKP, wie die deutschen Kommunisten den Pakt aufnahmen: „In einer Zeit, in der das Abhören ausländischer Sender mit hohen Gefängnisstrafen, mit KZ oder selbst mit Todesstrafe belegt wurde, war die Erklärung der illegalen KPD-Führung vom 25. August 1939 im Moskauer Rundfunk das einzige rasche Orientierungsmittel. Die KPD warnte vor Hitler, wie sie es vorher immer getan hatte. Sie forderte weiter den Kampf um seinen Sturz. Zugleich aber appellierte sie an unser Volk und erklärte: Nur wenn das deutsche Volk selbst das Schicksal der deutschen Nation in seine Hände nimmt, wird der Friede gesichert sein! Es entsprach also den Lebensinteressen des deutschen Volkes, diesen Vertrag einzuhalten, nicht anzugreifen, die Hände von der Sowjetunion zu lassen.“

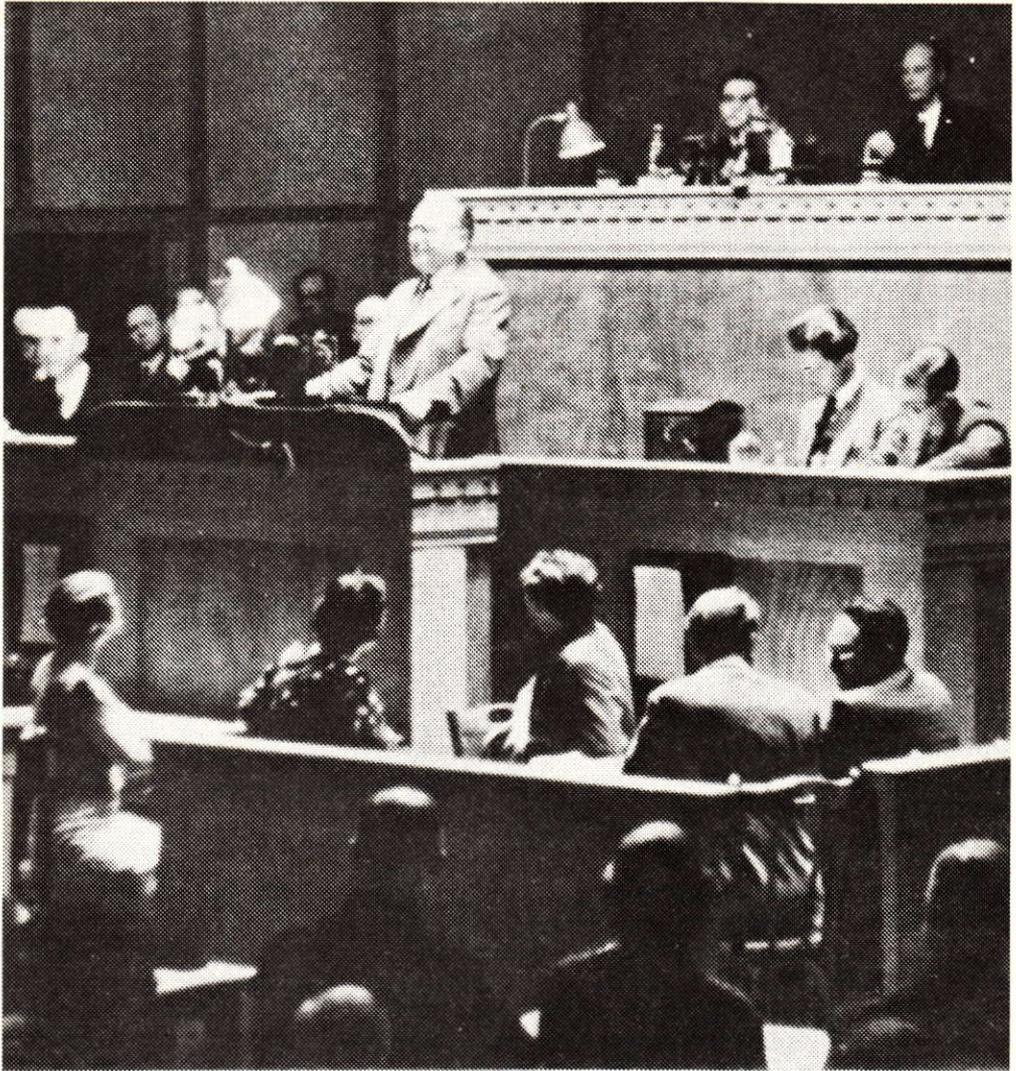
Die KPD-Genossen begriffen und verteidigten zu dieser Zeit die Richtigkeit und die Notwendigkeit des Nichtangriffsvertrages, dessen Bedeutung erst voll nach der Befreiung 1945 erkennbar wurde. Die KPdSU war sich über die deutschen Angriffsabsichten im klaren, nicht jedoch über den Zeitpunkt, den

sie hinauszuzögern trachtete (Die Wahrheit über Hitler. Kurt Bachmann im Gespräch mit Wilfried Reker, Dortmund 1978, S. 121 f. Im Vergleich zu 1938 waren die Ausgaben der UdSSR für Verteidigungszwecke 1940 auf mehr als das Doppelte gewachsen und betragen 56 Milliarden Rubel. Die während der 42 Monate des dritten Fünfjahresplanes in der Rüstungsindustrie vorgenommenen Investitionen umfaßten mehr als 25 Prozent aller in der Industrie realisierten Investitionen (Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Band V, 1. Buch, Moskau 1974, S. 134). Der spätere Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow schreibt in seinen Erinnerungen: „Es besteht kein Grund zu der Behauptung, Stalin habe dem Nichtangriffspakt zu sehr vertraut, der mit Deutschland 1939 abgeschlossen worden war, als unser Land von zwei Fronten angegriffen werden konnte von Deutschland und von Japan. Das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung gingen davon aus, daß der Pakt die Gefahr einer faschistischen Aggression nicht aufhob, sondern die Möglichkeit bot, Zeit zu gewinnen, um unsere Verteidigung zu stärken. Darüber hinaus verhinderte dieser Vertrag die Bildung einer antisowjetischen Einheitsfront“ (G. K. Shukow, Erin-

nerungen und Gedanken, Band I, Berlin 1980, S. 265).

Eine gründliche Überprüfung der wirklichen politischen Zusammenhänge 1939 zeigt völlig eindeutig, daß die Westmächte den Aggressorstaat der deutschen Imperialisten, Militaristen und Faschisten ermunterten, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Mehr noch: Die sowjetische Politik war in all dieser Zeit nur auf das Ziel gerichtet, den Frieden zu schützen, eine gemeinsame Abwehrfront zu schaffen. Nachdem die Sicherung des Friedens wegen der Politik des Westens scheiterte, gelang Jahre später schließlich doch noch, dank der sowjetischen Politik, die Schaffung einer gemeinsamen Anti-Hitler-Front. An ihr zerbrach Hitlers Kriegsmaschinerie. Und zu den Fundamenten, auf denen diese Front errichtet werden konnte, gehört gerade auch der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag. Er verhalf der Sowjetunion zu einer Atempause und erleichterte den schließlichen Sieg über Hitler.

Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus begann am 1. September 1939 mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen. Zwei Tage später erklärten Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg. Es gelang der faschistischen Kriegsmaschinerie, sich in kurzer Zeit großer Teile Europas zu bemächtigen. Am 9. April 1940 erfolgte der Überfall auf Dänemark



Immer wieder hatte die Sowjetunion die Westmächte gedrängt, an der Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit mitzuarbeiten. Auf dem Bild ist der sowjetische Außenminister Litwinow zu sehen, wie er vor dem Völkerbund in Genf energische Maßnahmen gegen jeden Aggressor fordert. (Aus „Der zweite Weltkrieg“, Deutscher Militärverlag, Berlin, DDR.)

und Norwegen, am 10. Mai 1940 auf Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande. Schließlich wurden am 6. April 1941 Jugoslawien und Griechenland angegriffen. Das ist die Zeit des „seltsamen Krieges“ vom September 1939 bis Mai 1940, in der

der anglo-französische Block untätig blieb, seine Streitkräfte Gewehr bei Fuß standen, um so in Fortsetzung der Vorkriegspolitik doch noch die Aggression Hitler-Deutschlands sofort gegen die Sowjetunion zu lenken. In dieser Zeit

konnte Hitler-Deutschland seine Blitzkriegspläne im überwiegenden Teil der europäischen Länder verwirklichen und sich damit günstige Ausgangsbedingungen für die Vorbereitung des geplanten Überfalls auf die Sowjetunion schaffen.

II. Wie wurde die faschistische Barbarei zerschlagen?

Heute, um vier Uhr morgens, fielen die deutschen Truppen ohne irgendeine Absichtserklärung gegenüber der Sowjetunion, ohne Kriegserklärung in unser Land ein, griffen unsere Grenzen an vielen Stellen an und bombardierten unsere Städte... Dieser unerhörte Überfall auf unser Land ist ein beispielloser Verrat in der Geschichte der zivilisierten Völker. Der Überfall auf unser Land erfolgte, obwohl zwischen der UdSSR und Deutschland ein Nichtangriffspakt abgeschlossen wurde und die Sowjetregierung alle Bedingungen dieses Vertrages mit großer Gewissenhaftigkeit eingehalten hat. Der Überfall auf unser Land erfolgte, obwohl während der gesamten Gültigkeitsdauer dieses Vertrages die deutsche Regierung kein einziges Mal auch nur irgendeinen Einwand hinsichtlich der Vertragserfüllung durch die UdSSR erheben konnte. Die gesamte Verantwortung für diesen räuberischen Überfall auf die Sowjetunion fällt voll und ganz auf die deutsche faschistische Regierung.“ (Die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Teil 1: 1917-1945, herausgegeben von Rolf Elias. Westberlin 1979, S. 136 F).

So begann der Aufruf der Sowjetregierung an die Bürger der UdSSR, den der damalige Volkskom-

missar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, am 22. Juni 1941 im Rundfunk verlas. Er fügte hinzu: „Dieser Krieg wurde uns nicht vom deutschen Volk aufgezwungen, nicht von den deutschen Arbeitern, Bauern und Angehörigen der Intelligenz, deren Leiden wir gut verstehen, sondern von einer Clique blutdürstiger faschistischer Führer.“

Die Führung der Sowjet-

union rechnete zu dieser Zeit nicht mit dem Beginn des Überfalls. So hatten die faschistischen Armeen den Vorteil der Überraschung auf ihrer Seite. Sie verfügten über die technischen Mittel und die Erfahrungen der Blitzkriege gegen die bereits besiegten Staaten Nord-, West- und Südosteuropas. Das führte zu einer ernsten Lage der Sowjetunion, zu großen Verlusten an Land, Menschen und wirtschaftlicher Kraft.

Die große Kraftentfaltung des Sozialismus

Doch gerade hier, in den schwersten Tagen des Krieges, erwies sich zugleich die Überlegenheit des Sozialismus. Kein anderes Land hätte diese Lage gemeistert. Unter Führung der KPdSU wurden alle Kräfte auf den Vaterländischen Krieg gegen den Faschismus, für die Befreiung des eigenen Landes und der übrigen Völker Europas konzentriert. In unermesslichen Anstrengungen wurden Industrien über Tausende Kilometer verlagert, die Versorgung der Front mit modernen Waffen gesichert.

General Jodl, einer der nächsten Berater Hitlers,

sagte, als der Plan „Barbarossa“ der Plan des Überfalls auf die Sowjetunion ausgearbeitet wurde, daß dieses „Kartenhaus“ drei Wochen nach Beginn der deutschen Offensive zusammenbrechen werde. Es kam bekanntlich ganz anders: Die Sowjetunion hielt stand und wurde zu einem der mächtigsten Staaten der heutigen Welt. Womit rechnete General Jodl, als er vom „Kartenhaus“ sprach, oder Hitler, der die Sowjetunion als einen „Koloß auf tönernen Füßen“ betrachtete? Die faschistischen Führer und Rassentheoretiker verstanden das Wesen der sozialistischen Einheit der Völker der Sowjetunion



Die faschistischen Armeen erzielten Überraschungserfolge, nachdem sie die Sowjetunion heimtückisch überfallen hatten. Bis kurz vor Moskau, bis vor Lenigrad und bis in den Kaukasus drangen sie vor. Als aber dann die sowjetischen Truppen die Offensive ergriffen, zerstörten die Faschisten auf ihrem Rückzug systematisch alles, was noch übriggeblieben war. „Verbrannte Erde“ nannten sie das – und verursachten damit nicht zuletzt auch eine ökologische Katastrophe von größten Ausmaßen im ersten sozialistischen Land. (Archiv-Bild)

nicht und betrachteten die Tatsache, daß die Sowjetunion ein multinationaler Staat ist, als einen sicheren Trumpf. Sie glaubten, daß es zwischen den Nationalitäten und Völkern der Sowjetunion schwache „Fugen“ geben müsse, die zwar in Friedenszeiten so einigermaßen hielten, doch unter den Prüfungen des Krieges auseinanderklaffen

müßten. Doch nichts dergleichen geschah.

Es gelang den Nazi-Armeen nicht, Moskau, Leningrad und Stalingrad zu erobern. Und das lag am Widerstand von sowjetischen Kommunisten aller Nationalitäten. Erstmals konnte die Sowjetarmee im Winter 1941 vor Moskau zur Gegenoffensive übergehen. Die Vernich-

tung der Paulus-Armee vor Stalingrad Anfang 1943 und das Scheitern eines neuen Offensivversuchs bei Kursk im Sommer desselben Jahres machten die Wende des Kriegsgeschehens sichtbar. Die Initiative ging über auf die Sowjetarmee, die Niederlage des Faschismus kündigte sich an.

Der antifaschistische Befreiungskrieg und die Antihitlerkoalition

Als Nazi-Deutschland seinen Überfall auf die UdSSR verübte, waren sich politische und militärische Kreise des Westens in ihren Prognosen ziemlich einig: Sie sagten einen raschen Erfolg der deutschen Wehrmacht voraus, die ja das kapitalistische Westeuropa schon zerschlagen hatte. Deshalb hatten es die USA und Großbritannien keineswegs eilig, der Sowjetunion reale Hilfe zu leisten. Der englische Premierminister Churchill bezeichnete die von Hitler angegriffene Sowjetunion als seinen Bundesgenossen, aber greifbare Hilfe wurde zunächst nicht geleistet. Die USA erklärten, daß sie an der Seite der Gegner Hitlers stünden, doch die Hilfeleistung machten sie von offensichtlich unannehmbaren Bedingungen abhängig: Die Lieferungen sollten durch Kredit oder bar bezahlt und der Goldbestand der UdSSR faktisch unter US-amerikanische Kontrolle gestellt werden. Erst im November

1941 erklärten die USA, sie seien bereit, der Sowjetunion Kriegsmaterial zu liefern.

Die erste Gipfelkonferenz der drei alliierten Mächte, die vom 28. November bis 1. Dezember 1943 in Teheran stattfand, das Treffen von Josef Stalin, Franklin Roosevelt und Winston Churchill fiel in eine Zeit, als sich im Verlauf des Krieges gegen Hitler-Deutschland eine offenkundige Wende abzeichnete und es notwendig wurde, das weitere gemeinsame Vorgehen für die Beschleunigung des Sieges abzustimmen und Meinungen über die Nachkriegsgestaltung der Welt auszutauschen. Die Vertreter der USA und Großbritanniens konnten den Wunsch ihrer Völker nach einem wirksamen Bündnis mit der Sowjetunion, das Eintreten für wirksame Handlungen gegen Hitler-Deutschland nicht länger unberücksichtigt lassen.

Ausdruck für das veränderte Verhältnis der westli-

chen Alliierten zur Sowjetunion war das feierliche Zeremoniell vor Beginn der Plenarsitzung am 29. November 1943 in Teheran. Im Namen König George VI. von England wurde der sowjetischen Delegation für die Bewohner von Stalingrad ein eigens angefertigtes Schwert zum Zeichen der Hochachtung für die Helden von Stalingrad übergeben. Nachdem ein Orchester die Staatshymnen der UdSSR und Großbritanniens intoniert hatte, erklärte Churchill - wahrlich kein Kommunistenfreund -: „Seine Majestät König Georg VI. hat mir befohlen, Ihnen dieses Ehrenschwert zur Übergabe an die Stadt Stalingrad auszuhandigen. Englische Meister haben es angefertigt. In der Klinge sind die Worte eingraviert: ‚Geschenk von König Georg VI. für die Bürger Stalingrads, Menschen mit stählernen Herzen, zum Zeichen der Hochachtung, die das englische Volk ihnen entgegenbringt.



Ein „Ehrensword“ als Anerkennung für die sowjetischen Leistungen im Kampf gegen den Faschismus überreichte Churchill im Auftrag des britischen Königs auf der Konferenz von Teheran an Marschall Woroschilow. Links Stalin.



Die sowjetischen und amerikanischen Truppen begegnen sich bei Torgau an der Elbe. Der 26. April 1945 war ein symbolischer Tag im antifaschistischen Befreiungskrieg. (Archiv-Bild)

Daß es zur Anti-Hitler-Koalition kam, ist vor allem ein Ergebnis des Kampfes der Sowjetunion. Einen wichtigen Beitrag dazu hat auch der antifaschistische Widerstand der Völker geleistet. Der bewaffnete Widerstand und Partisanenaktionen in vielen Ländern banden zahlreiche faschi-

stische Divisionen. Mehr als viereinhalb Millionen leisteten Widerstand oder kämpften als Partisanen im Hinterland. Sei es in Frankreich oder Italien, in Jugoslawien oder Belgien, in der Ukraine oder Belorußland. Der Kampf der Sowjetunion und der Widerstand der Völker gegen

die faschistischen deutschen Okkupanten waren es, der dem zweiten Weltkrieg antifaschistischen Befreiungscharakter verlieh. Und dabei gilt es auch, die Rolle des deutschen antifaschistischen Widerstands zu würdigen.

Die kommunistische Bündnispolitik

Die Kommunisten waren die stärkste, organisierte und organisierende Kraft des antifaschistischen Widerstandes. Sie orientierten darauf, daß das deutsche Volk den Hitler-Faschismus aus eigenen Kräften überwinden müsse. Unter großen Opfern hielten sie ihre organisatorische Verbindung aufrecht, entlarvten sie die faschistische Kriegsvorbereitung, die terroristischen Verbrechen gegen das eigene Volk und organisierten überall, wo nur möglich, den Widerstand gegen Hitler in vielfältiger Form.

Gestützt auf die Diskussionen aller kommunistischen Parteien auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935, orientierten die deutschen Kommunisten auf den Parteikonferenzen von Brüssel 1935 und Bern 1939 auf die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte zu einer Volksfront gegen Hitler, auf die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterorganisationen und den Wiederaufbau freier, einheitlicher Gewerkschaften.

In den Mittelpunkt ihres ganzen Kampfes stellten sie die Verhinderung des drohenden Krieges.

Es waren deutsche Kommunisten, die an der Spitze des Kampfes gegen den Hitlerschen Raubkrieg standen. Dieser Kampf verstärkte sich trotz aller Verfolgungen und Opfer auch nach dem Überfall auf die Sowjetunion.

Die Nazis wußten, daß die Kommunisten ihre entschiedensten und ernsthaftesten Gegner waren. Gegen sie richteten sich die härtesten Schläge des faschistischen Terrors, sie mußten die meisten Opfer bringen. Ernst Thälmann, Jonny Schehr, Fiete Schulte, Theo Neubauer, Bernhard Bästlein - endlos ist die Reihe der Genossen, die ihre Treue zur Sache der Arbeiterklasse, ihren aktiven Einsatz für Demokratie und Frieden mit dem Leben bezahlten. Die meisten Kommunisten verbrachten Jahre ihres Lebens in Gefängnissen, Zuchthäusern und KZs. Doch zu keiner Zeit gelang

es den Nazis, die Partei zu zerschlagen.

Die KPD war es auch, die die Initiative ergriff zur Sammlung aller demokratischen Kräfte im antifaschistischen Kampf. Die Kommunisten unternahmen im Land und in der Emigration alles, um als einigende Kraft des antifaschistischen Widerstands zu wirken. So gab es viele, von zeitweiligem Erfolg gekrönte Bemühungen um die Schaffung einer deutschen Volksfront. Während des Krieges ergriffen Kommunisten auch die Initiative, dieses antifaschistische Bündnis bis hinein in die Hitler-Wehrmacht auszudehnen. Aus diesen Bemühungen entstand das Nationalkomitee Freies Deutschland, das sowohl in der Sowjetunion, in den Kriegsgefangenenlagern und an der Front, als auch in Frankreich und anderen Ländern als Führungsorgan des gemeinsamen Kampfes gegen Hitler wirkte.

Sowohl in den beschlossenen Parteidokumenten als auch in allen Vorschlägen zur Schaffung einer Volks-



Erich Honecker gehörte zu den jungen Kommunisten, die unter Einsatz ihres Lebens gegen Faschismus und Krieg kämpften.

Diese Gestapoaufnahme entstand im Jahre 1935. Zehn Jahre lang wird Erich Honecker gefangengehalten. Ende April 1945 wird er aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreit.

Als führender Jugend- und Arbeiterfunktionär wirkt er an hervorragender Stelle mit beim Aufbau des deutschen sozialistischen Friedensstaates. Heute geht von ihm, dem Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, die Initiative für eine Koalition der Vernunft im Kampf gegen die atomare Kriegsvorbereitung aus. (Archiv-Bild)

front, ja auch noch während des Krieges gingen die Kommunisten davon aus, daß es vor allem die Aufgabe des deutschen Volkes selbst war, den Faschismus zu schlagen. Die Kommunisten entwickelten ein Programm der Zerschlagung des Faschismus, der Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte, das zugleich die Notwendigkeit tiefgreifender wirtschaftlicher

Umgestaltungen enthielt, um die Wurzeln des Faschismus und Militarismus endgültig auszurotten. Das war eine wirklich nationale Politik, darauf orientiert, unserem Volk die Katastrophe des Krieges zu ersparen bzw. nach seinem Ausbruch den Krieg durch den Sturz des Faschismus zu beenden. Trotz opferreichen Widerstands gelang es aber nicht, die Aktionseinheit

der Arbeiterklasse, nicht das breite Bündnis bis hin zum Bürgertum, den Soldaten und Offizieren herzustellen. So gelang es nicht, unser Land aus eigener Kraft vom Faschismus zu befreien. Gleichwohl ist der deutsche antifaschistische Widerstand Bestandteil des Befreiungskampfes der Kräfte, die in der Anti-Hitler-Koalition gekämpft haben.

III. „Diktat von Jalta und Potsdam“ oder Chance für eine europäische Friedensordnung?

Die Konferenz von Jalta, im Februar 1945, war Krönung der nicht problemlosen militärischen und politischen Zusammenarbeit der Anti-Hitler-Koalition. Das war drei Monate vor der totalen Kapitulation der Wehrmacht und dem Untergang des „Deutschen Reiches“. Die Konferenz der Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion einigte sich auf das Ziel, „daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören“. Es war ihr erklärter Wille, „den deutschen Militarismus und Nazismus zu vernichten“ (Teheran/Jalta/Potsdam, Röderberg-Verlag, Frankfurt a. M. 1978, S. 201).

Weiter wurde beschlossen, in Europa eine friedliche Nachkriegsordnung zu errichten. Die Gründungskonferenz der UNO wurde dort zum 25. April 1945 nach San Francisco einberufen. „Einigkeit im Krieg wie im Frieden“ sollte in der Zukunft aufrechterhalten und gestärkt werden. Darunter standen die Namen Churchill, Roosevelt, Stalin.

Zuvor hatten die kapitalistischen Mächte andere Pläne ausgeheckt: Im Auftrag des US-Präsidenten Roosevelt hatte der Finanzminister H. Morgenthau einen Plan über die Zukunft Deutschlands ausgearbeitet. Danach sollten

das Saarland und die angrenzenden Territorien zwischen der Mosel und dem Rhein Frankreich zugeweiht werden. Das Ruhr- und Rheingebiet, der Kieler Kanal und der Raum nördlich von ihm sollten zu einer internationalen Zone und von einem internationalen Organ verwaltet werden. Das übrige Territorium Deutschlands sollte in zwei „autonome Staaten“ - einen norddeutschen Staat einschließlich Preußens, Sachsens, Thüringens und einen süddeutschen Staat einschließlich Bayerns, Württembergs, Badens - geteilt werden.

Die Sowjetunion plädierte gegen die Zerstückelung Deutschlands

Neben diesem Plan der Teilung Deutschlands war die Liquidierung eines großen Teils der deutschen Industrie und eine Agrarisierung des Landes vorgesehen. Auf der englisch-amerikanischen Konferenz in Quebec im September 1944 billigten Roosevelt und Churchill diesen Plan Morgenthaus. Die Sowjetunion unterstützte den Plan des Westens zur Teilung Deutschlands nicht. Im Verlaufe des Meinungsaustausches auf der Konferenz von Jal-

ta beschlossen die Alliierten, die Frage der Teilung Deutschlands an eine spezielle Kommission zum Studium weiterzuleiten, wo sie dann auf Vorschlag der Sowjetregierung von der Tagesordnung gestrichen wurde.

Während vor allem die USA auf eine Aufteilung Deutschlands drängten und eine weitgehende Vernichtung seiner industriellen Kapazität verlangten, konnte die Sowjetunion auf der Potsdamer Konferenz der Mächte der Anti-

Hitler-Koalition im Sommer 1945 die Konzeption eines einheitlichen, demokratischen und antifaschistischen Deutschlands durchsetzen.

Das Potsdamer Abkommen wurde so zum Ausgangspunkt des Kampfes um Frieden und Sicherheit in Europa. Denn in ihm legten die Siegermächte die Grundprinzipien eines friedlichen Europas fest. Sie erzielten Einmütigkeit „über eine gemeinsame Politik zur möglichst baldigen Schaffung der Bedin-

Die Zerstückelungspläne der Westmächte



USA-Plan
1943



Morgenthauplan
1944



Britischer Plan
1943

gungen für einen dauerhaften Frieden nach der siegreichen Beendigung des Krieges in Europa“. Die Prinzipien und Normen, die auf der Jaltaer Konferenz der Nachkriegsordnung zugrunde gelegt und auf der Potsdamer Konferenz konkretisiert worden waren, erhielten ihre Fortsetzung in mehre-

ren späteren Abkommen. Ihnen entsprechen zum Beispiel die zu Beginn der 70er Jahre unterzeichneten Verträge der Bundesrepublik mit der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der DDR und der Tschechoslowakei, ihnen entsprechen die Vereinbarungen der Konferenz über Sicherheit und Zusam-

menarbeit in Europa. -Durch diese Normen und Prinzipien wurden die politischen und territorialen Realitäten in Europa völkerrechtlich verankert. Die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen stellt die Hauptkomponente der europäischen Sicherheit dar.

Nie mehr Gefährdung des Friedens von deutschem Boden aus

In jüngster Zeit haben sich nun die Ausfälle gegen die Beschlüsse der Jaltaer Konferenz wieder verstärkt. Sie werden fast als Verrat der Interessen des Westens durch Roosevelt und Churchill hingestellt. Ja es wird behauptet, daß in Jalta damals die Festlegung irgendwelcher „Einflußbereiche“ in Europa vereinbart worden wäre. Alle Dokumente dieser Konferenzen wurden veröffentlicht. Ihr Inhalt widerlegt derartige Behauptungen völlig. Es ging in Jalta und Potsdam überhaupt nicht um die Spaltung Europas und auch Deutschlands, sondern um die Festlegung von Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen, die einen weiteren Krieg unmöglich machen sollten.

In Bezug auf Deutschland beschlossen die Siegermächte die vollständige Ausrottung des Faschismus und des Militarismus samt seiner sozialökonomischen Wurzeln, „damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in

der ganzen Welt bedrohen kann

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Das schworen die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald nach ihrer bewaffneten Selbstbefreiung am 18. April 1945.

Ein neues Deutschland sollte entstehen, von dem nie wieder eine Gefahr für den Frieden der Völker ausgehen sollte. Dazu mußten die Verantwortlichen am Krieg und den Verbrechen des Faschismus, die aktiven Nazis, die Bank- und Konzernherren, die Junker und Militaristen entmachteter werden. Dazu mußte zugleich ein Weg in eine demokratische Zukunft aufgezeigt werden.

Die KPD wies mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 dazu den Weg. Der Aufruf

des Zentralkomitees der SPD vom 15. Juni 1945 enthielt weitgehend die gleichen Gedanken. Und auch CDU und Liberale unterstrichen bei ihrer Gründung Ende Juni 1945 die Notwendigkeit, den Schuldigen zu bestrafen, die Macht des Monopolkapitals zumindest zu bescheiden.

Ob eine antifaschistisch-demokratische Perspektive durchgesetzt werden oder ob die alte Macht restauriert werden konnte, das hing weitgehend davon ab, ob die Antifaschisten Deutschlands ihre Einheit festigten. Und das hing ebenso davon ab, ob die Politik der Anti-Hitler-Koalition aufrechterhalten oder durch neue imperialistische Pläne gestört wurde.

Gemeinsam verkündete Ziele der Besatzungspolitik beseitigten nicht den Klassencharakter der Besatzungsmächte. Das zeigte sich in allen Punkten, als es darum ging, die Festlegung von Potsdam



Unermessliches Leid, Not und Zerstörung brachte der faschistische Krieg über die betroffenen Völker. – So sahen alle sowjetischen Dörfer nach dem faschistischen Überfall aus. Das Bild entstand 1943 bei Orłowsk. Es wurde von dem sowjetischen Fotografen Ivan Shagin aufgenommen.



Der faschistische Krieg schlug auf Deutschland zurück. Zahllose Städte und Dörfer verwandelten sich in Trümmerhaufen. – Der Frankfurter Römer (das Rathaus) und die Paulskirche als Ruinen nach einem Luftangriff im April 1944. (ZB-Archiv-Bild)

die Frage, die in allen Tonarten an sie gestellt wird: „Sag mal, Mutti, kann ich ein Stück Brot haben? Ich habe Hunger!“

Ihr verzehrt Euch im täglichen Mühen und Sorgen, Ihr rackert Euch ab damit mal was mehr auf den Tisch kommt. Doch trotz Eurer Bemühungen bekommt Ihr mit Eurer Familie nicht mehr zu essen, sondern täglich weniger.

Und trotzdem könnte es uns allen schon wieder besser gehen, wenn die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel eine gerechte wäre. Haben wir denn in diesem Jahre eine schlechtere Ernte gehabt als im Vorjahre? Nein! Auf dem Schwarzen Markt gibt es alles zu kaufen, Butter, Oel, Brot, Kartoffeln — und auch Schokolade. Würden all diese Waren dem öffentlichen Markte zugeführt, dann brauchten unsere Kinder nicht so zu darben und Frau Kläre könnte ihren Kindern auch manchmal ein Stück Schokolade geben.

In Eurem Interesse, Frauen und Mütter! Im Interesse Eurer Kinder fordern die Kommunisten deshalb die Kontrolle über die Lebensmittel vom Erzeuger bis zum Verteiler durch Ausschüsse, die sich aus Verbraucherkreisen zusammensetzen müssen. Dies ist eine wahrhaft demokratische Forderung, denn Ihr sollt wissen, wo die Nahrungsmittel hinkommen. Die Verbraucher sollen die Verwaltung kontrollieren, wo gerade in der Ernährungswirtschaft leitende Beamte in schlagender Weise ihre Unfähigkeit bewiesen haben. Die Folgen dieser Unfähigkeit verspürt Ihr tagtäglich, an ihr scheiterte die Kartoffelversorgung, die regelmäßige Milchzuteilung und vieles andere mehr. Während man Euren Kindern die Fettrationen schmälert, verdirbt die Butter, das Oel, der Käse zentnerweise.

Frauen und Mütter!

Ihr könnt mithelfen die Verhältnisse neu und besser zu gestalten. Unterstützt die Forderungen der Kommunisten, die auf allen Gebieten des Lebens eine Politik verfolgen, die dem Wohle der arbeitenden Menschen dient.

Entmachtet das Großkapital durch den Artikel 41 **J A**
Für eine fortschrittliche Verfassung **STIMMT**

Eueren Kindern eine frohere Zukunft!

Wählt Kommunisten in den Landtag!

WÄHLT LISTE 3

Herausgeber: KPD Landesleitung Groß-Hessen, Frankfurt a. M. Verantwortlich: Leo Bauer, Frankfurt a. M. E 5 — Auflage 300 000 — Druck: Darmstädter Echo, Darmstadt

Die Mehrheit des Volkes war für die Überwindung der Monopolmacht, die den Faschismus hervor- gebracht hatte. — Mit diesem Flugblatt rief die hessische KPD zur Volksabstimmung über die Lan- desverfassung auf, in deren Artikel 41 die Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum vogesehen war. — Fast 72 Prozent der Wähler stimmten für die Annahme des Verfassungsartikels.

Mit dem kalten Krieg zur Restaurierung der Macht des Großkapitals

Mit dem Übergang vom Kalten Krieg ging es Schlag auf Schlag voran zur endgültigen Spaltung Deutschlands:

- Am 29. Mai 1947 legten die Befehlshaber der britischen und amerikanischen Zone ihre Zonen zusammen und bildeten den Zweizonen-Wirtschaftsrat. Später schloß sich die französische Zone an; es entstand eine Verwaltung der Trizone als Kern eines neuen westdeutschen Staatsapparates. Alle SchlüsselFunktionen erhielt die CDU.

- Von Februar bis Juni 1948 berieten in London Vertreter der USA, Großbritannien, Frankreichs, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs, unter offener Durchbrechung aller Vereinbarungen mit der Sowjetunion, über die Zukunft Deutschlands. Sie beschlossen die Einsetzung des Parlamentarischen Rates zur Ausarbeitung einer Westzonen-Verfassung.

- Am 20. Juli 1948 führten die Westmächte, ohne Konsultation der Sowjetunion, die separate Währungsreform durch. Sie spalteten damit das einheitliche deutsche Währungsgebiet.

- Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet.

- Im April 1949 wurde als das wichtigste Instrument des Kalten Krieges der NATO-Militärpakt abgeschlossen, zwar wurden die Westzonen darin zunächst nicht Mitglied, doch gehörte ihr Territorium durch die Herrschaft der Besatzungsmächte zum NATO-Aufmarschgebiet. Wenn etwas das Ziel verfolgte, „Europa zu spalten“, so war es - entgegen den Abmachungen von Jalta und Potsdam - die Bildung der militärpolitischen Gruppierung NATO durch die Westmächte, und das erst vier Jahre nach Beendigung des Krieges.

In der Summe dieser und noch vieler anderer Schritte, war die wirtschaftliche, politische und militärische Spaltung Deutschlands perfekt. Alle Schritte der Spaltung Deutschlands vollzogen sich unter Bruch der vom Potsdamer Abkommen vereinbarten und völkerrechtlich verbindlichen Ziele der Anti-Hitler-Koalition. Sie dienten der Wiederherstellung der Macht derer, die an Krieg und Faschismus die Schuld trugen und die jetzt im Bündnis mit den USA auf eine Revanche hofften.

Gleichwohl zeigt das Beispiel der Jaltaer Konferenz und ihrer Beschlüsse ebenso wie das Beispiel der Potsdamer Konferenz,

daß Abkommen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geschlossen werden können, wenn die Interessen aller Seiten unter Achtung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz beachtet werden. In der heutigen komplizierten internationalen Situation kann gar nicht eindringlich genug auf diese Lehre des zweiten Weltkrieges hingewiesen werden.

NOTIZEN



Kampfbund Deutscher Soldaten

10.000.- DM

Belohnung

zahlen wir für jede einwandfrei nachgewiesene "VERGASUNG" in einer "GAS - KAMMER" eines deutschen KZ's. Wir akzeptieren keine KZ - Zeugen aus Polen, Israel oder den USA, die, wie in den NS - Prozessen, MEINE IDE geschworen haben, ohne dafür belangt werden zu können.

WIR BEZAHLEN:
NAME, VORNAME, WOHNORT, GEBURTSTAG, GEBURTSORT,
WO VERHAFTET, IN WELCHEM KZ EINGELIEFERT UND IN
WELCHEM KZ "VERGAST".

VERBODEN: ERHEBEN BEWUSSTSEIN
1985 11. 10. 1985
8086 11. 10. 1985

Die Neonazis melden sich mit solchen Pamphleten zu Wort. Die heutigen Regierungsparteien lehnen es ab, antisemitische Hetze zu verfolgen und neonazistische Organisationen zu verbieten ...

Sprecherin der Grünen:

CDU-Geißler hat den Faschismus nicht überwunden

Außerungen des Politikers zum 8. Mai in der BRD kritisiert

Bonn (ADN). CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat den „Faschismus weder gedanklich noch politisch überwunden“. Das stellte die Fraktionssprecherin der Grünen, Waltraud Schoppe, zu Äußerungen des CDU-Politikers fest, daß er keinen Anlaß sehe, den 8. Mai als „Sieg des kommunistischen Sozialismus über den Faschismus zu feiern“, und daß es besser gewesen wäre, „wenn beide damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären“.

Diese Bemerkung zeige, erklärte Waltraud Schoppe, daß in manchen Köpfen der Krieg offenbar noch nicht beendet ist. „Im Vorfeld des 8. Mai kriechen die kalten Krieger wieder aus allen Löchern.“ Voraussetzung für Entspannungspolitik sei nicht nur die Anerkennung bestehender Grenzen, sondern auch das Akzeptieren einer Staatsform, die sich Sozialismus nennt.

...und CDU-Generalsekretär Geißler darf zum 8. Mai 1985 ungestraft, ja gar noch belobigt von den Rechtskräften, Verleumdungen gegen jene politischen Kräfte verbreiten, die den entscheidenden Beitrag zur Überwindung des Faschismus geleistet haben.

IV. Worin bestehen die wichtigsten Lehren des 8. Mai 1945?

in der Entschließung der 4. Tagung des Parteivorstands der DKP vom 24. und 25. 11. 1984 heißt es: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen: Darin waren sich 1945 alle demokratischen Kräfte einig. Heute aber wird gegen die Sowjetunion aggressiver denn je gerüstet. Der US-Imperialismus stationiert auf dem Boden der Bundesrepublik atomare Erstschlagwaffen, die auf Moskau und Leningrad gerichtet sind. Wieder kann nach 40 Jahren von deutschem Boden ein Vernichtungskrieg unvorstellbaren Ausmaßes ausgehen.

Wenn der 8. Mai eine entscheidende Lehre vermittelt, dann kann sie nur lauten: Raus mit den Atomraketen aus unserem Land! Abrüstung und Fortgang der Entspannungspolitik statt Hochrüstung, Konfrontation und antikommunistischem Kreuzzug!

Wenn 40 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg wieder führende Politiker der CDU/CSU die Nachkriegsgrenzen in Frage stellen; wenn vom ‚Deutschen Reich in den Grenzen von 1937‘ gesprochen wird; wenn Revanchistenverbände aufmarschieren; wenn neonazistische Gruppierungen ihr Unwesen treiben können und wenn gleichzeitig gegen Kommunisten verfassungswidrige Berufsverbote verhängt werden - dann muß der 40. Jahrestag der Befreiung dem fol-

genden Ziel dienen: die Wurzeln von Krieg und Faschismus aufzudecken. Die Rolle des deutschen Großkapitals, insbesondere der Rüstungsmonopole, von damals und heute sichtbar zu machen. Den Rüstungskonzernen wie Flick, der einst die Nazis ebenso finanzierte wie heute Bonner Politiker, muß die politische und wirtschaftliche Macht genommen werden.

Der Tag der Befreiung ist auch die Stunde der Besinnung auf jenen demokratischen Neubeginn, den die besten Kräfte unseres Volkes nach der Zerschlagung des Faschismus begannen. Ein neues, antimilitaristisches, von Nazismus und Rassenwahn befreites, demokratisches Deutschland sollte entstehen. Die Einheitsgewerkschaft wurde geschaffen. Die Monopole sollten entmachtet, die Rüstungskonzerne enteignet, eine Bodenreform durchgeführt werden. Das waren Ziele von Kommunisten, Sozialdemokraten und christlichen Arbeitern. Denn die grausame Erfahrung von Faschismus und Krieg vermittelt eindringlich die Lehre: Die Arbeiterklasse muß einheitlich handeln.

Im Osten vereinten sich Sozialdemokraten und Kommunisten zur Einheitspartei, damit zur führenden Kraft. Im Westen wurde diese historisch überfällige Entwicklung durch die imperialistischen Besatzungsmächte und ih-

re deutschen Helfer verhindert. Während in der DDR die Prinzipien des Potsdamer Abkommens - das die Entwicklung für ein demokratisches Nachkriegsdeutschland fest schreibt - verwirklicht wurden, wurden in der Bundesrepublik die Weichen auf Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse unter maßgeblichem Einfluß der USA gestellt. Der deutsche Imperialismus gewann wieder ökonomische und politische Stärke.

Wenn heute, 40 Jahre danach, der krisengeschüttelte Kapitalismus mit seiner Hochrüstung, Massenarbeitslosigkeit, neu erwachendem Revanchismus und Antisowjetismus in unserem Lande herrscht, in dem sich Konzerne alles kaufen können - Minister, Gesetze und ganze Regierungen -, dann ist die historische Erfahrung der Arbeiterklasse von 1945 von hoher Aktualität: Aktionseinheit gegen rechts. Aktionseinheit für den Frieden. Aktionseinheit für Arbeit und Brot!

Der Parteivorstand wendet sich an die Mitglieder und Organisationen, an alle Leitungen der Partei, die Vorbereitung des 8. Mai 1985 im Geist dieser Entschließung durchzuführen und Eigeninitiativen zu entwickeln.

Der Parteivorstand begrüßt die Initiativen der VVN - Bund der Antifaschisten ebenso wie die Anstrengungen der Gewerk-

AUF RUF

ZUM 40. JAHRESTAG DER BEFREIUNG UND DES FRIEDENS AM 8. MAI 1985

Vor 40 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der öpferreichste Krieg in der Geschichte der Menschheit, wurde die faschistische Gewaltherrschaft in Deutschland von den Armeen der Anti-Hitlerkoalition zerschlagen.

Wir, die Überlebenden aus dem Widerstand, den Zuchthäusern und Konzentrationslagern –

wir, die wir uns als junge Bürger unseres Landes in die Tradition des antifaschistischen Kampfes gegen die Nazibarbarie und den Krieg stellen –

wir, die wir als Demokraten in der Bundesrepublik, als Christen und Gewerkschafter, als Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberale, als in der Friedens- und Ökologiebewegung Engagierte Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben,

wir sagen: nach Auschwitz und Buchenwald, nach Lidice und Oradour, im Gedenken an die 50 Millionen Tote ist der 8. Mai ein Tag von historischer Bedeutung für unser Volk.

Die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Staates und der Wehrmacht wird seit langem und heute mehr denn je in der Bundesrepublik unterschiedlich bewertet:

Für die einen ist dies der Tag der Niederlage, des Zusammenbruchs, des „verlorengegangenen“ Krieges. Doch das ist die Denktradition der Industriellen, der Generale und der Rechtskonservativen, die die Nazis 1933 an die Macht brachten, die den faschistischen Raubkrieg wollten und an ihm verdienten.

Für die anderen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung auch unseres Volkes von Faschismus und Krieg. Er brachte die Verwirklichung der Hauptziele aller deutschen Widerstandskämpfer: den Sturz des Naziregimes und den Frieden. Hier wird der Gleichklang der nationalen deutschen Interessen mit der Zielsetzung der Widerstandsbewegung in allen von den Nazis besetzten Ländern, mit wichtigen Grundsätzen der Anti-Hitlerkoalition sichtbar.

Soll das große Ziel eines Lebens ohne Krieg und Faschismus Wirklichkeit werden, müssen die Lehren gezogen werden:

- Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Nur eine Politik der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge nach Geist und Buchstaben garantiert unserem Volk gutmachbarliche Beziehungen und eine glückliche Zukunft. Neue nukleare Erstschlagwaffen machen die Bundesrepublik und darüber hinaus ganz Europa zur Zielscheibe eines atomaren Holocaust.
- Nie wieder dürfen Faschismus und Militarismus ihr Haupt erheben. Deshalb ist es notwendig, den konsequenten Kampf um die Erhaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu führen, der Ausländerfeindlichkeit, dem Antikommunismus und dem Neofaschismus Paroli zu bieten.

Der 8. Mai mahnt uns, die mit diesem Datum verbundenen Hoffnungen und Forderungen in das politische Leben der Bundesrepublik zu tragen.

Aus Anlaß dieses Jahrestages rufen wir auf,

am Sonnabend, den 4. Mai 1985,
in Hamburg, Frankfurt und Köln

in Kundgebungen zu demonstrieren.

Wir unterstützen

die Internationale Kundgebung im Rombergpark und in Dortmund am 5. April 1985,
und die Kundgebung in Dachau am 28. April 1985.

Wir stehen gemeinsam ein für

- eine Politik des Friedens, der Entspannung und Abrüstung, gegen die Stationierung neuer Massenvernichtungsmittel,
- den gemeinsamen Kampf gegen Rassenhetze und Ausländerfeindlichkeit,
- die konsequente Unterbindung aller neonazistischen Aktivitäten und Propaganda, besonders für das Verbot der SS-HIAG.

Machen wir den 8. Mai zu einem nationalen Feiertag der Befreiung und des Friedens!

schaften, der Gewerkschaftsjugend, der Friedensbewegung, der Sozialdemokratischen Partei und engagierter Christen, den 8. Mai zum Tag des Friedens und der Besinnung auf die historischen Lehren zu gestalten.

Wir Kommunisten unterstützen alles, was dem einheitlichen Handeln in demokratischen Bündnissen dient. Eingedenk der Hauptlehre des 8. Mai 1945: Man muß sich wehren, wenn der Frieden in Gefahr ist. Man muß sich

wehren, wenn die Demokratie abgebaut wird und Revanchismus und Neonazismus wuchern. Besser die Rechtswende umkehren, ehe sie grausame Vollendung findet, ehe ihre schreckliche Saat aufgeht!“

8. Mai – Tag der Befreiung

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Die Befreiung vom Naziterror zu feiern, das kann nur einem Tölpel eingefallen sein. Wir haben uns nicht selbst befreit, und ein beträchtlicher Teil Europas ist überhaupt nicht befreit worden.

Da kann man mit Alfred Dregger ausnahmsweise einmal einig sein: Laßt sie feiern, weil sie den Krieg gewonnen haben. Wir gucken zu und feiern nicht mit.

UZ unsere ze
Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP

Mit vollem Recht hat die UNO die Weltöffentlichkeit aufgerufen, den 8. und 9. Mai als Feiertag des Sieges über Faschismus und Nazismus, als Tag des Kampfes gegen die Gefahr des Neonazismus zu begehnen. Überall in Europa, in Ost und West, ja in der ganzen Welt, ist der 8. Mai auch ein Tag, der auf die Kraft der Völker verweist, die Krieg und Faschismus besiegten.

Heiße Debatten sind entbrannt um den 8. Mai. Für wen war dieser Tag im Jahr 1945 ein Tag der Niederlage, der Katastrophe – für wen das Datum der Befreiung? Die UZ, die Arbeiterzeitung, beschreibt die Geschichte und ihre Lehren aus der Sicht der Arbeiter. Hier ein Beispiel dafür:

Eine Frau aus dem Widerstand erzählt

Befreiung Kölns 1945: Habt ihr noch nicht die Schnauze voll?

„Was ich empfunden habe bei der Befreiung Kölns am 6. März 1945? Um meine Gefühle zu verstehen, mußt du wissen, daß ich fünf Jahre in Konzentrationslagern und Zuchthäusern gesessen habe, daß ich antifaschistischen Widerstand geleistet habe und einige Monate illegal in den Trümmern des zerstörten Kölns verbracht habe“. Ruhig, fast könnte man meinen gelassen, spricht die heute 77jährige



schnell wuchs und bald über 200 aktive Kämpfer erfaßte. Ausschüsse für den Aufbau freier Gewerkschaften, einer freien Presse, für kommunale Verwaltung und Gesundheitsfragen wurden gebildet, Betriebsstützpunkte und Betriebsgruppen gegründet und Kontakte zu verborgenen Deserteuren hergestellt, von denen es 1944 4000 gab. Viele von ihnen schlossen sich bewaffneten Widerstandsgruppen an und bilde-

Peter Altmann (Hrsg.)

Hauptsache Frieden

**Kriegsende, Befreiung, Neubeginn:
Vom antifaschistischen Konsens zum
Grundgesetz.**

Mit einer Einleitung von Reinhard Kühnl und
einem Vorspann von Walter Jens
ca. 240 Seiten, Großformat, mit zahlr. Abbildungen und
Dokumenten, ca. 25,- DM
ISBN 3-87682-800-7

Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945; Ende
des Zweiten Weltkrieges und des NS-Regimes vor 40
Jahren; Übernahme der Regierungsgewalt durch die
Alliierten; Trümmer, Hunger, Elend der ersten Jahre:
Geschichte, die zumindest in groben Zügen bekannt
ist.

Dennoch Geschichte, die noch aufzuarbeiten ist.
Denn schon in der „Stunde Null“ (die gar keine war)
und der frühen Nachkriegsperiode geschah weit
mehr und weitaus Wichtigeres, als verbreitete Vor-
stellungen und historische Befunde erkennen lassen.

Röderberg

Autorenkollektiv

Der zweite Weltkrieg 1939 – 1945

Kurze Geschichte

Etwa 800 Seiten mit 200 Abbildungen
und 14 Karten, Leinen mit Schutzum-
schlag, ca. DM 29,80
ISBN 3-7609-0953-1

Pahl-Rugenstein

Der zweite Weltkrieg war der furchtbarste
Krieg, der bisher über die Menschheit
hereingebrochen ist. Die größten Opfer
forderte er von der Sowjetunion. Sie ver-
lor 20 Millionen Menschen. Groß waren
auch die Verluste in anderen Ländern.
Polen hatte über 6 Millionen Tote, Jugo-
slawien mehr als 1,7 Millionen, China 5
Millionen, Großbritannien 800 000 und
die USA 500 000 Tote zu beklagen. Die
Zahl der Toten Deutschlands und Japans,
deren Machthaber einen verbrecherischen
Krieg geführt hatten, betrug ungefähr 7
Millionen bzw. 2 Millionen. Zehntausen-
de Städte und Dörfer wurden zerstört.

Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges 1937–1939

Band **1**



Verlag Marxistische Blätter
Frankfurt am Main 1983

Reinhold Billstein

Neubeginn ohne Neuordnung

Dokumente und Materialien
zur politischen Weichenstellung
in den Westzonen nach 1945

Pahl-Rugenstein

Die Mörder sind unter uns

Deutschland 1946

s/w, Lichtton, 85 min
35 mm, Best.-Nr. 2931

Spielfilm, Regie: Wolfgang Staudte

Prädikat: Besonders wertvoll

Im Frühjahr 1945 kehrt die junge Susanne Walker in die Ruinenlandschaft des zerstörten Berlin zurück. Dort begegnet sie dem Arzt Dr. Mertens, der mit einem furchtbaren Kriegserlebnis nicht fertig werden kann, und versucht, ihm zu helfen. Eines Tages trifft Mertens seinen ehemaligen Hauptmann wieder, der in Polen bei einer Geiselerziehung nicht einmal Frauen und Kinder verschont hatte, und dafür will Mertens in einem Akt der Selbstjustiz Vergeltung üben.

Dieser Film ist der erste deutsche Nachkriegsfilm, der sich mit der gerade vergangenen Nazizeit auseinandersetzt.

zeigt vier junge Männer in sowjetischer Uniform. Unsicher, ein wenig linkisch sehen sie aus. Sie sind nicht gewöhnt, dieses Tuch zu tragen. Die vier sind Deutsche. Sie fahren an die Front, um gegen ihre Landsleute zu kämpfen. Einer von ihnen wird den Krieg überleben.

Der Rat der Götter

DDR 1950

s/w, Lichtton, 110 min
35 mm, Best.-Nr. 2381
16 mm, Best.-Nr. 2382

Spielfilm, Regie: Kurt Maetzig
Dr. Hans Scholz ist ein kluger Kopf, eine Perle für die Herren der IG-Farben. Wäre er schlau, zynisch und skrupellos, so hätten sie ihn vielleicht in ihren Kreis aufgenommen, den „Rat der Götter“, der mit ein paar schäbigen Millionen Hitler an die Macht brachte, um am Fall A (Aufrüstung) und am Fall B (Krieg) Milliarden zu verdienen. So aber lassen sie ihn forschen, ohne zu verraten, wie seine Grundformeln weiterentwickelt werden ...

Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Friedensbewegung ist das Thema dieses Films: von den historischen Ausgangspunkten der 50er Jahre bis zum Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss.

War Lab

BRD 1983

Farbe, Lichtton, 28 min
16 mm, Best.-Nr. 5572

Video, Best.-Nr. 5573

Dokumentarfilm, Regie: Monica Maurer

Hiroshima – Vietnam – Beirut, das sind die Stationen einer Kriegführung, die gezielt gegen die Zivilbevölkerung gerichtet ist. Der Libanon und die Israelis dienen den USA dabei als Versuchsfeld – eben als Kriegslabor. Schockierende Bilder belegen die furchtbare Wirkung neuer Waffentechnologien, die im Kriegführungskonzept „AirLand Battle“ eine zentrale Rolle spielen.

Rotation

DDR 1949

s/w, Lichtton, 81 min
35 mm, Best.-Nr. 2941
16 mm, Best.-Nr. 2942

Spielfilm, Regie: Wolfgang Staudte

Hans Behnke hat es bis zum Maschinenmeister eines großen Verlages gebracht; er geht den Weg des geringsten Widerstandes. Doch als er seinem Schwager bei der Errichtung einer illegalen Druckmaschine hilft, wird er von seinem eigenen Sohn denunziert – und zum Tode verurteilt.

Ehe im Schatten

DDR 1947

s/w, Lichtton, 102 min
35 mm, Best.-Nr. 3511

Spielfilm, Regie: Kurt Maetzig
Der Film erzählt die Geschichte der beliebten Schauspieler Joachim Gottschalk und seiner jüdischen Frau nach; die beiden heiraten, als ihnen die Situation für Juden in Deutschland gefährlich wird. Von den Nazis werden sie in den Tod getrieben.

Der würgende Tod

BRD 1983

Farbe, 28 min
Video, Best.-Nr. 5653

Dokumentarfilm, Regie: Peter Kleinert

Hier wird nachgewiesen, daß die Grundformel aller US-Nervengase in den Labors der Bayer AG entwickelt wurde – getarnt als Insektizide. So wie früher, als der IG-Farben-Konzern Giftgas für den 1. Weltkrieg entwickelte und in den Konzentrationslagern Insektizide an Häftlingen „testete“.

Mama, ich lebe

DDR 1977

Farbe, Lichtton, 106 min
35 mm, Best.-Nr. 3591
16 mm, Best.-Nr. 3592

Spielfilm, Regie: Konrad Wolf

Ein Foto, vergilbt, grobkörnig, steht am Anfang des Films. Es

Ohne Frieden ist alles nichts

BRD 1984

Farbe, 46 min
Video, Best.-Nr. 5663

Dokumentarfilm, Regie: Beate Rose, Christoph Boeckel

UNIDOC film&ideo

Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund I
Tel. (02 31) 8 38 01 47-48

Anleitung zum Handeln

In Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus hat sich ein breites Bündnis herausgebildet. Ihm gehören neben den Kommunisten zahlreiche Sozialdemokraten, Gewerkschafter, „Grüne“, Liberale, Christen, Persönlichkeiten aus vielen Berufsbereichen an. Vor allem bei jungen Leuten hat sich wachsendes Interesse an den Ursachen des Faschismus und des 2. Weltkrieges herausgebildet. Sie wollen wissen, warum heute – 40 Jahre danach – wieder der Frieden bedroht ist.

Das Bildungsthema setzt uns in die Lage, auf diese Fragen richtig antworten zu können. Jeder Bildungsabend sollte zu einer öffentlichen Veranstaltung der DKP zum Thema „Der 8. Mai 1945 und seine Lehren für unsere Zeit“ werden. Es stehen Plakate zur Ankündigung, es stehen Filme zur Vorführung und ein umfangreiches Literaturangebot zur Verfügung.

Mehr lernen!

Folgende Angebote unterbreitet die Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen (bitte anmelden über die Gruppen- und Kreisvorstände):

April:

- 8.–13. Frauenpolitik der DKP (mit Kindern ab 4 Jahren). Die Kinder werden außerhalb der KLS betreut.
14.–20. Lehrgang für Gruppenvorsitzende und Stellvertreter
21.–27. Kampf gegen den Faschismus und die Lehren für die Gegenwart

Mai:

- 5.–11. Grundlehrgang
16.–18. Betriebsarbeiterlehrgang
19.–25. Kulturpolitik der DKP
28.– 1. 6. Betriebsarbeiterlehrgang (Konzerne)

Juni:

- 2.– 8. Grundlehrgang
9.–15. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Aufgaben der Arbeiterklasse

- 16.–22. Kommunalpolitik Bezirk Niedersachsen
23.–29. Lenin: Was tun?
30.– 6. 7. Lehrgang für Kleinzeitungsredakteure

Juli:

- 7.–13. Grundlehrgang
14.–27. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
28.– 3. 8. Grundlehrgang (mit Kindern ab 4 Jahren). Die Kinder werden außerhalb der KLS betreut.

August:

- 4.–17. Marxistische politische Ökonomie
18.–24. Lehrgang für Mitglieder der Betriebsaktive
25.–31. Lehrgang für Verantwortliche

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen/Nordwest
Contrescarpe 8c, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Rödelheimer Landstraße 13, 6000 Frankfurt/Main 90
Telefon (069) 77 50 68

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Heiligkreuzweg 92, 6500 Mainz 1
Telefon (0 61 31) 8 20 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 3 15 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68

Letzter Tip

Zu diesem Thema als Begleittext:

- Das Parteiprogramm der DKP
- Die Materialien der 5. Tagung des Parteivorstandes der DKP vom 23./24. März 1985

**Das neue
Bildungsjahr
1985/86
steht
im Zeichen
des
Thälmann-
Aufgebots
und der
Thesendiskussion
zum
8. Parteitag
der DKP.**